

Niederschrift

SOZ/015/2023

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses
der Stadt Rheine
am 31.05.2023

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Gertrud Hovestadt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ratsmitglied/Vorsitzende

Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied (bis 19:22 Uhr - TOP 12)
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Frau Evelyn Eggenkämper	BfR	Sachkundige Bürgerin
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied (bis 20:00 Uhr - TOP 18)
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Nina Homann-Eckhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Hans-Hermann Kwiecinski	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Jörg Lewinski	FDP	Sachkundiger Bürger
Frau Tatjana Lücke	SPD	Sachkundige Bürgerin
Frau Elisabeth Meyer	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Sophia van Es		Sachkundige Einwohnerin f. Seniorenbeirat
Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Johannes-Michael Bögge		Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat (bis 18:05 Uhr - TOP 8)
Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat (bis 20:04 Uhr - TOP 20)

Vertreter:

Herr Jens Krage	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Frau Petra Gaasbeek
Frau Gabriele Leskow	SPD	Vertretung für Herrn Manoharan Murali
Herr Waldemar Vogel	CDU	Vertretung für Herrn Tobias Mersch

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Medina Atalan		Jugendhilfe- und Sozialplanung (bis 19:27 Uhr - TOP 13)
Frau Andrea Gedicke		Seniorenarbeit (bis 19:27 Uhr - TOP 13)
Herr Jörg Jäger		Fachstelle für Wohnraumsicherung (bis 18:22 Uhr - TOP 9)
Herr Stefan Jüttner-von der Gathen		Stabsstelle Sozialdezernat
Herr Henrik Mersch		Stellv. Fachbereichsleiter 8
Frau Martina Sendtko		Koordination Beratung und Begleitung Case-Management
Frau Annette Wiggers		Jugendamtsleiterin
Frau Andrea Atrott		Schriftführerin

Gäste:

Herr Sebastian Ottmann

Institut für Praxisforschung
und Evaluation der Evange-
lischen Hochschule Nürn-
berg (Präsentation per Vi-
deokonferenz – TOP 8)

Herr Wolfgang Wähnke

SOKO Institut GmbH Biele-
feld (Präsentation – TOP
12)

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Simone Berkmann

CDU

Sachkundige Bürgerin

Frau Petra Gaasbeek

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sachkundige Bürgerin

Herr Tobias Mersch

CDU

Sachkundiger Bürger

Herr Manoharan Murali

SPD

Ratsmitglied/2. Stellv. Vor-
sitzender

Frau Dr. Hovestadt eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. SOZ/014/2023 über die öffentliche Sitzung am 19.04.2023

Es gibt keine Änderungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Zusätzlich zu den eingestellten Informationen informiert Herr Gausmann, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung sein Jubiläum zum 40-jährigen Bestehen gefeiert habe. Und in der letzten Woche habe die erste Sozialraum-Konferenz stattgefunden; die zweite werde im Schott-hock stattfinden.

3. Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner bittet um die aktuellen Bedarfszahlen für den Wohnraum für Menschen mit Behinderung. Diese seien in der letzten Sitzung des „Runden Tisches Wohnens“ im April 2023 Gegenstand der Beratung gewesen. Insbesondere würden ihn die Bedarfszahlen der geistig und

körperlich schwerbehinderten Menschen interessieren, für die ein intensiv ambulant betreutes Wohnen oder die besondere Wohnform in Frage komme, und welche Plätze für die nächsten 5 bis 8 Jahre wo erforderlich sein würden. Die Leistungserbringer würden sich ohne diese Bedarfsanalyse mit einer konkreten Planung schwertun.

Er fragt weiter, mit welchen Investoren die Stadt Rheine derzeit Gespräche für eine Grundstücksbereitstellung mit den Konzeptvorgaben führen würde und ob aktuelle Vorhaben in der Vorbereitung seien. Er habe gehört, dass z. B. der Caritasverband das Antonius-Quartier auf „Halt“ gesetzt habe. Zudem sei er sich nicht sicher, ob der Wittekindshof im Mesum noch etwas umsetzen würde. Seine letzte Frage lautet, ob die Wohnungsgesellschaft Rheine GmbH als potentieller Investor für den hier angesprochenen Wohnraum vorstellbar sei.

Herr Gausmann antwortet, dass beim letzten „Runden Tisch Wohnen“ ein Bedarf zwischen 30 und 35 Plätzen festgelegt worden sei. Diesen habe der Landschaftsverband Westfalen Lippe entwickelt, der für die Bedarfsfeststellung und Genehmigungen der Plätze zuständig sei, und sie würden zu dem Abgleich mit den Träger-Wartelisten passen. In den nächsten fünf Jahren dürften wenigstens 20 Plätze fehlen.

Bei den Konzeptvorgaben, wie sie z. B. an der Lingener Straße gewesen seien, handele es sich um städtische Grundstücke. Auch bei der Eschendorfer Aue oder demnächst im Europa-Viertel (ehemalige Damloup-Kaserne) oder an der Laugestraße (ehemaliger Standort der Kreishandwerkerschaft) würden diese gelten. Alle Investoren hätten bzw. könnten sich auf die Grundstücke dieser großen Baugebiete bewerben. Für die Vergabe gebe es neben einem zu erzielenden Mindestpreis Bepunktungen zu der Barrierefreiheit der Wohnungen, der besonderen Wohnform, den geförderten oder nicht geförderten Wohnplätzen usw.

Der Wittekindshof habe in der letzten Sitzung mitgeteilt, dass sie Mesum weiterverfolgen würden, aber wahrscheinlich selber investieren würden, wie beim Europa-Viertel, dessen Vergabe wahrscheinlich Anfang des nächsten Jahres stattfinden werde.

Der Caritasverband würde zu unterschiedlichen Standorten Überlegungen anstellen, wie z. B. der Eschendorfer Aue als Alternative zur Antoniusschule. Ob die Antoniusschule revitalisiert werden könne oder die Stadt Rheine die Vermarktung angehen müsse, werde sich weiter zeigen.

In der Satzung der Wohnungsgesellschaft sei hinterlegt, dass sie Wohnformen für unterschiedliche Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Rheine zu schaffen hätten; wie bei allen anderen Investoren mindestens mit einer „schwarzen Null“. Bei dem derzeitigen Zinsmarkt und den Baukosten sei eine Refinanzierung von bezahlbarem Wohnraum mit den Deckelungsmieten, wie sie für öffentlich geförderten Wohnraum gelten würden, sehr schwierig. Falls es zu diesen Bedingungen keine Investoren geben werde, müsste politisch diskutiert und entschieden werden, ob ein Baukostenzuschuss zur Verfügung gestellt werde. Bei Fragen zur Refinanzierung würde die Stadt Rheine die Träger beraten.

Derzeit liege für kein Projekt ein Bauantrag vor.

Frau Dr. Hovestadt fragt, ob ältere Immobilien mit möglicherweise geringeren gesetzlichen Auflagen eine kostengünstigere Lösung sein könnten.

Herr Gausmann erklärt, dass zum Beispiel die Brandschutzverordnung gegenüber einem Neubau identisch sei, sobald an die Hülle des Gebäudes „gegangen werde“. Er geht auf weitere Auflagen ein, wie z. B. vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe oder der Landesbauordnung. Die möglichen Einschränkungen würden derzeit keine große Rolle in Bezug auf Kosteneinsparungen spielen.

Er vermutet, dass es mit der kommenden Förderrichtlinie des Bundes für Sanierungsflächen von Gebäuden zu einer verstärkten Förderung für Bestandsgebäude kommen werde. In dem Fall sei zu prüfen, ob eine energetische Sanierung über öffentliche Mittel besser als ein Neubau abgebildet werden könne.

4. Informationen aus dem Integrationsrat

Frau Dursun warte auf den Sozialbericht Senioren. Sie beabsichtigt, nachdem die Ziele im Sozialausschuss konkretisiert worden seien, dazu einen Arbeitskreis im Integrationsrat zu bilden, da es ihr ein Anliegen sei, ältere Menschen mit Migrationshintergrund „mit ins Boot zu holen“. Sofern dieses zeitlich nicht passen würde, plädiere sie dazu, einen Arbeitskreis im Sozialausschuss zu bilden.

5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

Herr Meier berichtet, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung für Stellungnahmen zur Barrierefreiheit bei öffentlich zugänglichen Gebäuden eine Prüfgruppe vorhalte. Für bestimmte Projekte seien diese gefertigt worden, wie z. B. bei dem Rathaus-Zentrum II, wo es ein paar Änderungen gegeben habe, bei der Freizeitfläche Hasenhöhle in Mesum, die umgebaut werde und weitere inklusive Spielgeräte bekomme, sowie der Kinderspielplatz in der Eschendorfer Aue, der fast ausschließlich inklusive Spielgeräte erhalten werde. Lernen Fördern, der ein öffentlich zugängliches Gebäude in Rheine für die Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen für Menschen mit und ohne Behinderung bauen werde, habe den Beirat ebenfalls um eine Stellungnahme gebeten.

Zusammen mit dem Caritasverband habe der Beirat für Menschen mit Behinderung an dem Protesttag für Behinderungen unter dem diesjährigen Motto „Mehr Tempo für Barrierefreiheit“ am 5. Mai 2023 teilgenommen. Die Veranstaltung sei gut besucht worden.

Viele Besucher(innen), auch Ausschussmitglieder, haben an der Jubiläumsfeier des Beirates teilgenommen. Er habe dort von Herrn Peer, Landschaftsverband Westfalen Lippe, und dem Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales erfahren, dass in Bezug auf Inklusion und Arbeit ein noch nicht verabschiedetes neues Gesetz kommen werde.

6. Informationen aus dem Seniorenbeirat

Frau van Es gibt an, dass der Mobilitätstag gut besucht worden sei.

Sie informiert, dass Frau Rickert von der Caritas-Beratungsstelle bei der letzten Sitzung des Seniorenbeirates ein Referat über die verschiedenen Beratungsbereiche gehalten habe. Auch in Rheine würden Stationen geschlossen werden. Nach einem Krankenhaus-Aufenthalt könnten kranke Menschen bei Bedarf in eine Kurzzeitpflege aufgenommen werden. Falls diese Zeit zur Genesung nicht ausreichen würde, wäre danach eine vorübergehende Aufnahme in einem Pflegeheim möglich. Dadurch könne die eigene Wohnung für eine spätere Rückkehr erhalten bleiben.

Die Arbeitsgruppe „Wohnen“ habe das Service-Wohnen am Alfonsushaus Rheine vom Caritasverband besichtigt. Herr Jäger, Abteilungsleiter Gesundheit und Alter, Frau Robin von der Beratungsstelle und eine Servicekraft seien anwesend gewesen. Frau van Es nennt einige Eckpunkte: 38 Wohnungen, Gemeinschaftsraum, 10,00 Euro/m² Miete zzgl. Nebenkosten, 75,00 Euro Servicepauschale für Einzelpersonen oder 100,00 Euro für Paare. Freie Wahl eines ambulanten

Pflegedienstes; unabhängig vom Caritasverband. Frau van Es beschreibt die besichtigte 3-Zimmer-Wohnung, die sie als „gehobene Klasse“ bezeichnet, in der man sich wohlfühlen könne.

7. Informationen aus dem Familienbeirat

Herr Bögge gibt an, dass der Familienbeirat seit der letzten Sitzung nicht getagt habe.

8. Jahresbericht 2022 Fachstelle für Wohnraumsicherung Vorlage: 188/23

Herr Ottmann vom Institut für Praxisforschung und Evaluation der Evangelischen Hochschule Nürnberg ist per Videokonferenz zugeschaltet und präsentiert die zentralen Ergebnisse des Zwischenberichtes zur Evaluation der Fachstelle für Wohnraumsicherung (**Anlage 1**).

Frau Ehrhardt fragt, ob darüber nachgedacht worden sei, Kitas und Schulen als Multiplikatoren zu nutzen.

Herr Theismann fragt, aus welchen Gründen einige Räumungsklagen hätten nicht abgewendet werden können.

Herr Hewing fragt, ob es sich bei den Umfragen mit den acht eingebundenen Vermietern um Klein- und/oder Großvermieter handeln würde. Dieses würde viel über die Gewichtung der Statistiken aussagen. Als Beispiel nennt er die Abbildung 8 (*Seite 11 der Vorlage*), wonach 50 % für eine weitere Zusammenarbeit und 15 % dagegen seien.

Herr Ottmann nimmt den Hinweis, Kitas und Schulen als Multiplikatoren zu nehmen, um die Fachstelle bekannter zu machen, gern mit.

Frau Floyd-Wenke erklärt, dass sie den Vorschlag, Handwerker als Multiplikatoren einzusetzen, als kritisch wahrnehme. Schulen und Kitas würden möglicherweise fachlicher und sensibler vorgehen sowie mehr auf den Datenschutz achten.

Herr Gausmann antwortet auf die Frage von Herrn Hewing, dass es sich eher um die kleineren Vermieter handeln würde.

Zu der Frage von Herrn Theismann antwortet er, dass keine allgemeine Aussage dazu gemacht werden könne, da es oft individuelle Gründe seien. Manchmal sei die mangelnde Kooperationsbereitschaft der von der Räumungsklage betroffenen Bürger(innen) ein Grund, warum diese nicht abgewendet werden könne. Die der Stadt Rheine bekannten Fälle seien überschaubar, und da noch keine breite Datenbasis vorgelegen habe, seien die Zahlen zu bestimmten Fragestellungen hochgerechnet worden, um eine sinnvolle Statistik zu erhalten. Deutlich zu erkennen sei, dass der Bekanntheitsgrad der Fachstelle erhöht werden müsse.

Bei der Sozialkonferenz am Donnerstag sei von Frau Gehrke berichtet worden, dass jede Räumungsklage 200 Euro pro Person und Monat kosten würde. Bei 20 nicht stattgefundenen Räumungsklagen müssten hochgerechnet 84.000,00 Euro Ausgaben im Jahr nicht realisiert werden.

Beim Kreis Steinfurt gebe es das Kümmerer-Projekt, welches nach einer stattgefundenen Räumungsklage die Klienten unterstützen würde. Anfang Juli 2023 werde es ein Gespräch mit dem Kreis geben, um zu schauen, wie etwas gemeinsam entwickelt werden könne.

Da die Videokonferenz zu Herrn Ottmann für einige Minuten zusammengebrochen war, wiederholt Frau Floyd-Wenke ihre Aussage und bittet ihn, die Eignung der Handwerker als Multiplikatoren zu überdenken.

Herr Ottmann nimmt es mit und erklärt, dass die Vorschläge aus den Interviews übernommen worden seien und was umgesetzt werde oder nicht, obliege der Fachstelle.

Frau Floyd-Wenke ist der Meinung, dass schon eine Menge bei der Prävention von Obdachlosigkeit erreicht worden sei. Die Stadt Rheine werde jedoch weder die Obdachlosigkeit beseitigen noch alle Räumungsklagen abwenden können. Und bei Lärmbelästigungen und Fehlverhalten würden andere Probleme dahinterstecken, um die sich andere Sozialarbeiter(innen) oder Stellen kümmern müssten.

Frau Lücke bestätigt, dass die vorhandenen Stellen einen Gewinn darstellen würden. Sowohl den Bericht der Sozialkonferenz als auch den heutigen nehme die SPD-Fraktion positiv war. Bei der Sozialkonferenz habe sie wahrgenommen, dass viele Teilnehmende die Fachstelle und deren Arbeit nicht kennen würden. Eine Nachbewerbung bzw. Öffentlichkeitsarbeit sei ein zentraler Punkt, damit die Hilfen auch genutzt werden würden.

Der zweite Aspekt beziehe sich auf die Aufteilung der geförderten Stellenanteile auf die koordinierende Verwaltungsstelle bei der Stadt und die Stelle „Aufsuchende Arbeit“. Sie fragt, ob mittlerweile erkennbar geworden sei, ob die Stelle „Aufsuchende Arbeit“ bei den aufkommenden Fällen künftig ausreiche oder eine andere Verteilung auch im Kontext der Haushaltsplanberatungen notwendig werden würde.

Herr Hewing schließt sich der Frage nahtlos an. Grundsätzlich begrüße die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Wohnraumprävention, um Obdachlosigkeit zu verhindern. Es gebe eine ausführende Stelle „Aufsuchende Sozialarbeit“ und eine Verwaltungsstelle, die beide jeweils mit zwei Personen besetzt seien. Hiermit tue sich die Fraktion schwer, sodass er vorschlage, dass Verhältnis auf 1,5 Stellen „Aufsuchende Sozialarbeit“ und 0,5 Verwaltungsstelle zum Leiten, Dokumentieren, Verwalten usw. zu ändern.

Unter dem Tagesordnungspunkt 14 Punkt 1 a (*Vorlage 198/23 „Vertragliche Vereinbarungen zwischen der Stadt Rheine und dem Caritasverband Rheine e. V.“*) gehe es um ein identisches Ziel. Um Doppelstrukturen zu verhindern, fragt Herr Hewing, ob die getrennten Stellen zusammengeführt werden könnten, zumal beide Sozialarbeiterstellen durch Caritas-Mitarbeiter(innen) besetzt seien.

Herr Gausmann antwortet, dass die Aufteilung der Fördersystematik geschuldet sei. Zu den Haushaltsplanberatungen werde es etwas klarer sein, wie ab Mitte nächsten Jahres die Förderkulisse des Landes NRW aussehen werde. Falls nicht weiter gefördert werden sollte, könne grob dargestellt die Verwaltungsstelle deutlich heruntergezogen werden, da die Verwendungsnachweispflicht gegenüber dem Land wegfallen würde.

Auf die zweite Frage von Herrn Hewing antwortet er, dass über die Strukturen diskutiert werde, sobald die Stadt Rheine sich aus der landesrestriktiven Förderung verabschieden würde, eine dauerhafte Etablierung der Wohnraumsicherung gewollt werde und ein gefördertes Programm abgebildet werden könne. Er hoffe, dazu Informationen für die Haushaltsplanberatungen aufarbeiten zu können.

Noch mal zu dem Gespräch mit dem Kreis Steinfurt im Juli 2023. Der Kreis habe im SGB II Anteile und sei im Rahmen des Kümmerer-Projektes vom Land zuständig, nach den Räumungsklagen zu unterstützen. Die Verwaltung möchte gemeinsame Synergien entwickeln und hofft, dass

sich der Kreis mit der bei der Stadt Rheine praktizierten Wohnraumsicherung, was die finanziellen Rahmbedingungen betreffe, anfreunde.

Herr Hewing regt an, in dem Beschluss mit aufzunehmen, sobald keine Fördermittel mehr fließen würden die Stelle der Sozialarbeit aufzustocken, die Verwaltungsstelle herunterzuziehen und die beiden Sozialarbeiterstellen zusammenzulegen.

Es entsteht eine Diskussion mit dem Ergebnis, dass die Ausschussmitglieder dem Vorschlag von Herrn Gausmann zustimmen, den 2. Beschlussvorschlag um den Text „**dabei gilt zu berücksichtigen, unter Umständen das Verhältnis Sozialarbeit Verwaltung neu zu diskutieren.**“ zu ergänzen.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht der Fachstelle Wohnraumsicherung sowie den Evaluationsbericht der Evangelischen Hochschule Nürnberg zur Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, zu den Haushalts- und Stellenberatungen 2024 f. unter Berücksichtigung etwaiger Förderprogramme einen Beschlussvorschlag zur Verstetigung der Fachstelle Wohnraumsicherung vorzulegen. Dabei gilt zu berücksichtigen, unter Umständen das Verhältnis Sozialarbeit Verwaltung neu zu diskutieren.
3. Eine endgültige Beschlussfassung erfolgt erst im Rahmen der Haushaltsplanberatungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Jahresbericht 2022 Soziale Einrichtungen
Vorlage: 187/23**

Nach einer mehrminütigen Pause für den Technikumbau wird die Sitzung fortgeführt.

Herr Gausmann merkt an, dass die besondere Situation zu der Corona-Zeit 2021 an den Fallzahlen erkennbar sei. Auf die Frage aus einer der letzten Sozialausschusssitzungen bezüglich einer möglichen separaten Unterbringungen von Frauen im Kremer-Haus sei in dieser Vorlage eingegangen worden. Ein Doppelzimmer mit WC und Nasszelle ohne Dusche stehe zur Verfügung. Da die Anzahl von obdachlosen Frauen zunehme, werde darüber diskutiert werden müssen, wie die Stadt Rheine sich künftig aufstellen möchte.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Jahresbericht 2022 der Sozialen Einrichtungen der Stadt Rheine zur Kenntnis.

**10. Berichterstattung Begegnungszentrum Mitte⁵¹
Vorlage: 182/23**

Herr Gausmann gibt an, dass der umfangreiche Bericht deutlich zeige, wie gut sich das Begegnungszentrum Mitte⁵¹, auch was die Nutzergruppen betreffe, entwickelt habe. Die Bauabschnitte II und III seien in Betrieb genommen worden, und es gebe zusätzliche Anfragen von Nutzergruppen. Die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen seien eindeutig. Die Migrationsberatung des Stadtteilbüros Dorenkamp sei in das Begegnungszentrum Mitte⁵¹ unterbracht worden,

wodurch dort eine vielfältige und auch aufsuchende Arbeit für alle Altersgruppen abgebildet werde. Die Stadt Rheine sei gut aufgestellt, sollte aber weiterentwickelt werden.

Frau Homann-Eckhardt lobt, dass die verschiedenen Anmerkungen zu dem letzten Bericht in diesem gut eingearbeitet worden seien. Er zeige einen Rundum-Einblick, und durch die kursive Darstellung der Informationen aus dem letzten Jahr sei das neu Hinzugekommene gut zu erkennen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht zum Begegnungszentrum Mitte⁵¹ sowie die Ausführungen zum Stadtteilbüro Dorenkamp zur Kenntnis.

**11. Beteiligungsprozess Mitte 51 - Trägermodell ab 2024
Vorlage: 183/23**

Herr Gausmann erläutert, dass die beiden Modelle, Stadt Rheine oder ein freier Verband als Träger, auf politischem Wunsch in der Vorlage dargestellt worden sei. Da es inhaltlich Sinn mache, schlage die Verwaltung vor, die Trägerschaft für die nächste Zeit auf die Stadt Rheine zu übertragen. Die Inbetriebnahme des 2. und 3. Bauabschnittes würde der Einrichtung noch mal einen Schub geben.

Herr Burmeister sagt, dass die CDU-Fraktion unter Punkt 2 des Beschlusstextes gerne die Fortsetzung „für die nächsten fünf Jahre“ mit aufnehmen möchte.

Frau Floyd-Wenke merkt an, dass das Servicemodell nicht „in Stein gemeißelt sei“. Bei Bedarf könnten neue Aufgaben oder -verlagerungen auf eine Tagesordnung gesetzt werden.

Insgesamt wird von den Ausschussmitgliedern die ausführliche Vorlage gelobt und die Fortsetzung der Trägerschaft durch die Stadt Rheine begrüßt.

Zu dem zweiten Beschlusspunkt entsteht über die Vor- und Nachteile einer eventuell befristeten Laufzeit eine Diskussion. Darüber, wie sich diese zum Beispiel im Falle einer Haushaltssicherung auf die dort arbeitenden Personen auswirken könnte.

Herr Gausmann erklärt, dass bei dem zweiten Beschlusspunkt zuerst über den weitergehenden Vorschlag der Verwaltung abgestimmt werden müsse. Für den Fall, dass dieser keine Mehrheit finde, würde über die Befristung mit einer mindestens fünfjährigen Laufzeit entschieden werden.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zu den möglichen Organisationsmodellen für das Begegnungszentrums Mitte⁵¹ zur Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss beschließt die Fortsetzung der Trägerschaft des Begegnungszentrums Mitte⁵¹ durch die Stadt Rheine.
3. Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung mit dem Ausbau der ehrenamtlichen Mitwirkung im Begegnungszentrum, der Einrichtung eines Beirates und der regelmäßigen Vorlage eines Jahresberichts.

4. Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, die Beschlüsse für die personelle Mindestausstattung des Begegnungszentrums Mitte⁵¹ für die Haushalts- und Stellenplanberatungen 2024 f. vorzubereiten.
5. Der Sozialausschuss stimmt dem Servicekonzept für das Begegnungszentrum Mitte⁵¹ zu.
6. Eine endgültige Beschlussfassung erfolgt erst im Rahmen der Haushaltsplanberatungen.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1:	Kenntnisnahme
Zu 2:	mehrheitlich (Ja: 11 / Nein: 9 / Enthaltungen: 0)
Zu 3 bis 5:	einstimmig
Zu 6:	Kenntnisnahme

**12. Sozialbericht Senioren Rheine
Vorlage: 196/23**

Herr Wähnke vom SOKO Institut GmbH Bielefeld stellt seine Präsentation (**Anlage 2**) vor.

Herr Ortel bezieht sich auf den 4. Beschlussvorschlag der Vorlage und gibt an, dass die Begriffe „Digitalisierung, Einsamkeit und Pflege“ für ihn eine Priorisierung darstellen würden. Er gehe davon aus, dass es sich bei den in der Präsentation genannten 86 %, die bereits digitale Medien nutzen würden, um die über 60-Jährigen handeln und es nach oben hin weniger werden würde.

Er sehe das Thema „Digitalisierung“ nicht als vorrangiges Thema, zumal es bei den Wünschen zur Verbesserung der Lebensqualität auch nicht auftauche.

Zu der Formulierung „können monatlich nichts sparen“ bei dem Thema „Armut“ (*Anlage 2: Folie 6 der Präsentation*) fragt er, ob dieses an bestimmten Zahlen oder subjektiver Wahrnehmung der Betroffenen festgemacht worden sei.

Herr Wähnke erklärt, dass mit mehreren Abstufungen von „nichts“ bis 500,00 Euro im Monat abgefragt worden sei (*Anlage 1 der Vorlage: Seite 33 im Sozialbericht Senioren Rheine; Frage Nr. 59*). Er halte den Wert, dass 13 % der Frauen und Männer monatlich nichts sparen können für relativ hoch, vermute jedoch einen höheren Wert, da nicht so viele ökonomisch benachteiligten Menschen mit dieser Sozialforschung erreicht worden seien, wie es sinnvoll gewesen wäre.

Zur Digitalisierung schildert er als Beispiel, dass er eine 91-jährige Frau kennen würde, die nach kurzer Zeit mit ihrem iPad klargekommen sei. Ihr unbekannte Begriffe, wie z. B. „Soziale Teilhabe“, würde sie im Internet nachschlagen, mit ihrem Enkelkind in Australien skypen und WhatsApp benutzen. Auch wenn er die Digitalisierung nicht auf Rang 1 sehe, könne diese die soziale Teilhabe steigern.

Herr Gausmann informiert, dass der Sozialbericht Armut kommen würde und schlägt vor, sich dann mit den unterschiedlichen Lebenssituationen von Seniorinnen und Senioren zu beschäftigen.

Bei der Digitalisierung seien nicht nur die Benutzer(innen) von Smartphones, iPads und dergleichen zu berücksichtigen, sondern es müssten auch zur Teilhabe digitalisierte Angebote entwickelt und zur Verfügung gestellt werden. Zum Beispiel könnte ein digitales Senioren-Café oder eine sonstige virtuelle Begegnung bei älteren und nicht mehr so mobilen Menschen einer Vereinsamung entgegenwirken.

Frau Wiggers erklärt, dass mit der Priorisierung nicht die Gewichtung gemeint sei. Das Thema „Digitalisierung“ würde sich durch alle Bereiche ziehen.

Die Senioren- und Gesundheits-App „Gut versorgt in Rheine“ werde derzeit eingerichtet.

Herr Hewing äußert, dass er die drei Punkte für wichtig halte, aber auch das Thema „Wohnen“ in Bezug auf bezahlbaren Wohnraum priorisieren würde.

Da das von Frau van Es vorgestellte Service-Wohnen viel Geld kosten würde, fragt er, ob es bezahlbare Alternativangebote geben würde.

Er glaubt, falls den Seniorinnen und Senioren ein gutes Angebot gemacht werden würde, mehr bereit seien ihr Eigenheim an Jüngere zu verkaufen, wodurch auch das Thema „Einsamkeit“ mit aufgegriffen werden würde. Deswegen sei ihm wichtig, dass „Wohnen“, speziell das bezahlbare gute Wohnen für Senioren, in die Priorisierung mit aufgenommen werde.

Herr Lewinski hält die Digitalisierung für wichtig. Den digitalen Abfallkalender zum Beispiel gebe es schon. Ihm würden die Themen „Wohnen“ und „Armut“ fehlen, egal ob zusammen oder einzeln aufgegriffen. Auch das Thema „Einsamkeit“ würde er als Priorisierung verstehen.

Frau Floyd-Wenke äußert, dass das Thema „Armut“ nicht ausreichend behandelt worden sei. Es sollten nach der Verabschiedung heute und im Rat konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen dazu erarbeitet werden. Das Thema „Digitalisierung“ sehe sie nicht auf der Prioritätenliste. Nicht weiter angesprochen worden sei das Bedürfnis „Generationsdialog Jung und Alt“. Der Sozialbericht Senioren werde auf die gesamte Sozialberichterstattung Einfluss nehmen, und spätestens dann würde sich der Kreis zu Kindern und Jugendlichen schließen. Bei dem Thema „Wohnen“ gehe es nicht nur um finanzielle Defizite, sondern auch um gesellschaftliche Teilhabe. Nicht jede Seniorin oder jeder Senior gehe gern in einer Kirchengemeinde Kaffee trinken; da sollte es mehr Angebote geben. Sie würde das Thema „Wohnen“ nicht unter „Armut“ oder „Einsamkeit“ packen, sondern diese Themen zu den anderen ergänzen.

Zusammengefasst erklärt Herr Wähnke, dass es sich bei den vorgegebenen drei Themen um Querschnittsthemen handeln würde, die mit den heute genannten und weiteren Themen vernetzt mitbehandelt werden würden.

Frau Floyd-Wenke wiederholt, dass für Seniorinnen und Senioren die Digitalisierung schon selbstverständlich sei. Handlungsempfehlungen würden lediglich auf Volkshochschulkurse verweisen, damit sie lernen würden, das Internet zu bedienen oder nicht auf Fake News hereinzufallen.

Frau Eggenkämper schlägt vor, alle 9 Punkte von Nachbarschaft bis Migration (*Anlage 2: Seite 9 der Präsentation*) aufzunehmen und nach aktueller Lage ein, zwei oder drei Themen von Arbeitsgruppen bearbeiten zu lassen.

Frau Dr. Hovestadt erklärt, dass diese bereits als Vorschläge zur Erarbeitung von Schwerpunktthemen in den Workshops gewesen seien.

Frau Lücke kann sich vorstellen, dass naheliegende Themen zusammengefügt würden. Zum Beispiel könnte die aus kommunaler Sicht wichtige Digitalisierung mit dem Thema „Generationsübergreifendes Arbeiten“ oder „Jung und Alt“ in Kooperation gesetzt sowie das Thema „Pflege“ mit „Gesundheit“ gekoppelt werden. Wenn mehr Menschen längerfristig zu Hause betreut werden sollten, müssten die pflegenden Angehörigen, die keine Freizeit zur Verfügung hätten, mit in den Blick genommen werden.

Falls das Thema „Armut“ nicht als Schwerpunktthema benannt werden würde, sollte verabschiedet werden, dass die Themen aus diesen Berichten verbindlich mit in die Arbeitsgruppe „Armut“, die noch gegründet werde, einfließen würden.

Frau Dursun halte alle drei Themen für wichtig, aus denen viele Unterthemen entstehen würden. In der Realität sei die Digitalisierung bei den Seniorinnen und Senioren noch keine Selbstverständlichkeit. Manchmal sei der Besuch eines Volkshochschulkurses oder eines Workshops in anderen Institutionen nicht möglich, weil sie zum Beispiel ihre überlasteten Kinder unterstützen müssten, indem sie auf die Enkelkinder aufpassen oder diese irgendwo hinbringen oder abholen würden. Sie denke an niederschwellige Angebote, vielleicht durch Ehrenamtliche in der Mitte⁵¹, Kindergärten oder Nachbarschaftsdienste.

Herr Gausmann versteht, dass eigentlich alle Themen bearbeitet werden müssten. Um irgendwo anfangen zu können, sei das Ziel gewesen, drei Themen zu benennen und zu schauen, wo die Lebenssituation der Bürger(innen) verbessert werden könne. Er schlägt vor, den vierten Beschlussvorschlag herauszunehmen. Die Themenschwerpunkte könnten gemeinsam für oder in einer der nächsten Sozialausschusssitzungen erarbeitet werden.

Frau Atalan ergänzt, dass beim Thema „Armut“ nicht nach Sparbeträgen gefragt worden sei, sondern ob nach Abzug aller Kosten ein gewisser Betrag zur freien Verfügung stehen würde. Hierzu seien verschiedene Beträge zum Ankreuzen aufgelistet gewesen.

Frau Ehrhardt bezieht sich auf die Angabe „70 % der pflegenden Angehörigen haben kein oder zumindest teilweise kein Zeitfenster für persönliche Dinge“ und äußert, dass sie als Altenpflegerin wahrnehme, dass Angehörige sich manchmal mit der Abgabe ihres Partners/ihrer Partnerin in die (Kurzzeit-)Pflege schwertun und täglich zu Besuch kommen würden.

Frau Dr. Hovestadt macht deutlich, dass die Ausschussmitglieder vorgeben müssten, mit welchen Schwerpunkten die Verwaltung in welche Richtung gehen solle. Dieses könnte zum Beispiel in einer Arbeitsgruppe mit den sozialpolitischen Fraktionssprecher(inne)n und der Verwaltung besprochen werden. *(Zur weiteren Vorgehensweise wird die Verwaltung ein Treffen mit den sozialpolitischen Sprecher(inne)n in der Sommerpause organisieren.)*

Herr Ortel gibt an, dem gerade schon nonverbal zugestimmt zu haben. Anstatt einer Priorisierung schlage er vor, gemeinsam vorläufige und jederzeit modifizierbare Schwerpunktprogramme zu entwickeln.

Herr Gausmann zieht den vierten Beschlussvorschlag zurück.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss nimmt den vorliegenden Sozialbericht Senioren Rheine zur Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgenden Beschluss zu fassen: Der Rat der Stadt Rheine nimmt den Sozialbericht Senioren zur Kenntnis.
3. Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt, dem Sozialausschuss die Federführung zur Bewertung und Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Sozialbericht Senioren zu übertragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Nachbesetzung Seniorenbeirat
Vorlage: 191/23**

Herr Gausmann informiert, dass vor der Sitzung eine interfraktionelle Arbeitsgruppe getagt habe. Als weiteres ordentliches Mitglied des Seniorenbeirates würde Frau Stoffers und als stellvertretende Mitglieder würden Herr Noack und Herr Roß vorgeschlagen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss benennt die im Ausschuss mündlich vorgeschlagenen Personen als

1. ein weiteres ordentliches Mitglied des Seniorenbeirates
= Frau Hannelen Stoffers, Gronauer Str. 17, 48431 Rheine
2. stellvertretende Mitglieder (2 Personen) des Seniorenbeirates
= Herrn Wolfgang Noack, Schnepfenweg 15, 48429 Rheine
= Herrn Josef Roß, Hemelter Str. 46, 48429 Rheine.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14. Vertragliche Vereinbarungen zwischen der Stadt Rheine und dem Caritasverband
Rheine e. V.
Vorlage: 198/23**

Herr Jüttner-von der Gathen erklärt die Strukturen mit einer Präsentation (**Anlage 3**).

Frau Floyd-Wenke kritisiert, dass diese komplexe Vorlage spät eingestellt worden sei und sie diese nicht ausreichend mit ihrer Fraktion habe besprechen können. Sie würde sich gern in den Sommerferien damit befassen wollen.

Herr Krage äußert, dass seine Fraktion vor einem ähnlichen Problem stehen würde und viele Fragen hätte, wie z. B.:

- Können die Leistungen fortgeschrieben werden oder gibt es bei dem Einzel- oder Gesamtvolumen eine Ausschreibungspflicht?
- Gibt es für Teilbereiche andere interessierte Träger(innen)?
- Gibt es für die 5 Jahre eine Evaluation und ein Kündigungsrecht?
Was würde z. B. passieren, wenn der Caritasverband bestimmte Stellen nicht mehr besetzen kann?

Sie würden ebenfalls gern den Sommer nutzen wollen, um eine Fragesammlung zu erstellen, auf die in der kommenden Ausschusssitzung eingegangen werden könnte.

Herr Gausmann antwortet, dass es bei Verlängerungen von bestehenden Verträgen keine Ausschreibungspflicht gebe. Bei neuen Projekten bestehe eine Ausschreibungspflicht nur, wenn es wirtschaftlichere Lösungen geben könnte. Als Kofinanzier sei das für die Verwaltung ausgeschlossen, wenn zum Beispiel Drittmittel vom Kreis oder Landschaftsverband zur Verfügung stehen würden, die nicht auf einen anderen Träger übertragbar seien.

Herr Hewing gibt an, dass er sich seinen Vorrednern anschließe. Die Vorlage enthalte viele Informationen. Jedoch hätte er gerne in der Vorlage zu den einzelnen Punkten die Begründungen gelesen, warum es keine Ausschreibung gebe und nicht über einen Trägerwechsel nachgedacht werde.

Herr Gausmann gibt an, dass der Beschluss problemlos im September 2023 für den Haushalt 2024 erfolgen könne und die Verwaltung mit diesen Leistungen in die Kämmerer-Gespräche gehen würde. Er bittet die Ausschussmitglieder, ihre Fragestellungen rechtzeitig der Verwaltung zur Verfügung zu stellen, damit in der Vorlage darauf eingegangen werden könne.

Herr Azevedo gibt an, dass die CDU-Fraktion dem Verschiebungswunsch aufgrund des angemeldeten Beratungsbedarfes und weil keine Eile vorliege folgen werde.

Herr Jüttner-von der Gathen wiederholt den von Herrn Gausmann vorgebrachten Wunsch auf rechtzeitige Vorlage der Fragen.

Frau Lücke äußert, dass die SPD-Fraktion den Beratungsbedarf nachvollziehen könne und mitgehen würde. In den KGSt-Tabellen seien die Krankheitswerte seit 2015 nicht angepasst worden. Da die Krankheitstage länger geworden seien und dieses zunehmend problematischer werde, bittet sie die Verwaltung die KGSt darauf hinzuweisen.

Darüber hinaus bittet Frau Lücke, die freiwilligen und die Pflichtaufgaben auszuweisen.

Frau Dr. Hovestadt bestätigt, dass die Vorlage heute nicht beschlossen und erneut auf die Tagesordnung der Sitzung am 28. September 2023 kommen werde.

Beschluss:

Die Vorlage wurde abgesetzt. Sie kommt für den 28. September 2023 neu auf die Tagesordnung.

**15. Berichterstattung Kommunales Integrationsmanagement KIM
Vorlage: 197/23**

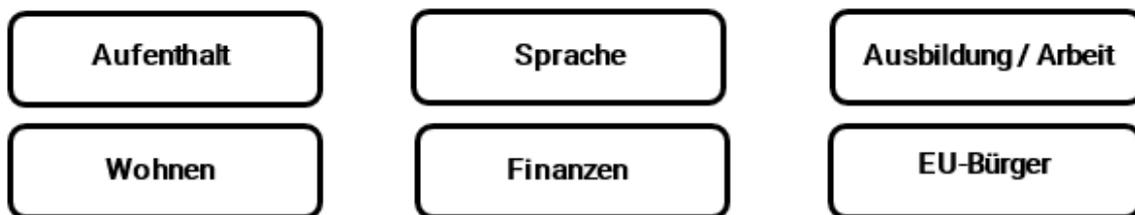
Herr Krage bittet um Information, nachdem wegen des Corona-Ausnahmejahrs 14 Monate lang kein Treffen der Kommunalen Lenkungsgruppe stattgefunden habe, wie häufig oder in welchem Rhythmus sich diese künftig treffen würde.

Zudem bittet er um Darstellung, welche Fälle mit der Fallanalyse zusammengefasst werden sollten. Fraglich sei, ob es eher die positiven Abläufe seien, z. B. eine schnellere Einbürgerung, oder auch die Gefahr bestehen würde, dass Dinge „über einen Kamm geschert“ werden würden.

Herr Gausmann informiert, dass die Lenkungsgruppe zweimal im Jahr tagen würde. Zudem beschäftige man sich damit im Detail in den unterschiedlichen Arbeitsebenen und in Arbeitsgruppen.

Bei der Zusammenfassung von Fallstrukturen handle es sich um Fälle, die ähnlich gelagert seien und, ohne diese zu vernachlässigen, abgearbeitet werden könnten. Dadurch werde zum Beispiel klarer, welche Unterlagen zu welchem Zeitpunkt und welchen Bedingungen beigebracht werden müssten. Fehler könnten so vermieden werden. Erfahrungsgemäß könnten mit Fallstrukturen ungefähr 80 % der Fälle abgebildet werden. Der Rest würde über Einzelfallregelungen weiterlaufen. Dadurch würde eine deutlich schnellere Abarbeitung erfolgen können.

Frau Eggenkämper macht auf den unleserlichen Bereich unten auf der Seite 4 der Vorlage aufmerksam. Herr Gausmann kündigt an, dass die Überschriften der Fallanalyse dem Protokoll zugefügt würden:



Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zum Kommunalen Integrationsmanagement zur Kenntnis.

16. Bericht über die Ausgabenentwicklung der Sprachoffensive Vorlage: 185/23

Herr Gausmann informiert, dass die Sprachoffensive gut laufe und es zusätzliche Angebote gebe. Vor vier Jahren habe die SPD-Fraktion angeregt, die Mittel zu erhöhen und die Verwaltung habe versprochen, jährlich vor der Sommerpause über die finanziellen Auswirkungen zu sprechen. Die Verwaltung werde erstmals mit 90%iger Wahrscheinlichkeit 15.000,00 Euro mehr benötigen, um die Angebote fortführen zu können. Diese werden aus dem Budget der Ukraine-Betreuungsmittel abgebildet werden können, so dass keine außerplanmäßigen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten. Im Berichtswesen (*TOP 18, Vorlage 178/23*) seien die rund 90.000 Euro, die in diesem Jahr verausgabt würden und gut investiertes Geld seien, aufgeführt.

Herr Krage betont, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN es ebenfalls als sinnvoll investiertes Geld ansehe. Bei dem Tagesordnungspunkt 15 (*Vorlage 197/23 „Berichterstattung Kommunales Integrationsmanagement KIM*) stehe, dass Schriftsprache und arbeitsspezifisches Vokabular zentrale Baustellen in der Integration auf dem Arbeitsmarkt seien. Er fragt, ob es Sprachkurse gebe, in denen für bestimmte Arbeitsgebiete die notwendigen Vokabeln „mitbeispielt“ würden, um einen einfacheren Einstieg in das Berufsleben zu ermöglichen.

Herr Gausmann bestätigt, dass auf Anfrage von Arbeitsgebern arbeitsspezifische Angebote gemacht werden würden, um Personen mit Sprachunterstützungsbedarfen die Alltagskommunikation im Betrieb zu ermöglichen. Dann würden Vokabeln, wie zum Beispiel „Kelle“, mit aufgegriffen.

Frau Lücke bedankt sich im Namen ihrer Fraktion (*SPD*), dass die Sprachoffensive so ausgebaut worden sei. Da die Tagesordnungen für die Sitzungen in 2023 gefüllt seien, würden sie vorschlagen, dass die Verwaltung einen weiteren Bericht zur Sprachoffensive für 2024 erstelle.

Herr Gausmann erwidert, dass er das als Anregung aufnehmen werde.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Ausgabenentwicklung der Sprachoffensive zur Kenntnis.

**17. SGB II - Jahresbericht 2022
Vorlage: 177/23**

Herr Gausmann bezieht sich auf die Seite 12 (*Punkt 7 e der Vorlage*) mit der Mitteilung, dass die „großzügige“ Regelung aus den Corona-Jahren, durch die zu teure Wohnungen hätten nicht aufgegeben werden müssen, in diesem Jahr enden werde. Für Rheine bedeute dieses, dass ca. 280 Wohnungsfälle Ende 2023 auf einen Wohnungsmarkt drängen, der kaum bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stelle. Mit bezahlbarem Wohnraum sei nicht der mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnraum gemeint. Eine angemessene Wohnung dürfe nach dem sogenannten schlüssigen Konzept laut Gutachterstelle zum Beispiel für eine Person 386,00 Euro kosten, und die gebe es in Rheine nicht mehr. Da der Kreis Steinfurt als Träger der Sozialhilfe und die Stadt Rheine im Delegationsverfahren tätig seien, werde es ein Gespräch zwischen dem Kreisdezenten und ihm geben, um zu erfahren, wie der Träger mit dieser Problematik umgehen würde. 20 % der Kinder, auch in Rheine, würden unter Armutsbedingungen aufwachsen. Es gebe mit Ausnahme der kleinen BuT-Leistung noch nicht einmal die Kindergrundsicherung, mit der eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleistet werden könnte.

Frau Floyd-Wenke ergänzt, dass die Nebenkostenabrechnungen und Stromkosten auch noch hinzukommen würden. Der Härtefallfonds könne ein bisschen abfedern, aber eben nicht die Mietkosten. Vielleicht müsse über die Anschaffung von mehr Notunterkünften nachgedacht werden.

Herr Gausmann merkt an, dass diese 200,00 Euro pro Person und Tag kosten würden und somit teurer seien, als wenn die Miete übernommen würde.

Frau Dr. Hovestadt sagt, dass der Sozialausschuss sich bald mit dem Thema beschäftigen müsse.

Herr Gausmann erwidert, dass er zuerst das Gespräch mit Herrn Fuchs führen wolle. Und falls es einer politischen Initiative bedürfe, könne dies über unsere kreistagsangehörigen Sozialausschussmitglieder kommuniziert werden.

Wie in der Vorlage angekündigt, wird der Geschäftsbericht 2022 vom Jobcenter Kreis Steinfurt dem Protokoll (**Anlage 4**) beigefügt.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Sachstandsbericht des Jobcenters der Stadt Rheine (SGB II) über die Entwicklungen und Tendenzen zur Kenntnis.

**18. Berichtswesen zum Stichtag 31.05.2022, Produktgruppe 24 - Offene Senioren- und Behindertenarbeit
Vorlage: 178/23**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 2 – Jugendamt – Produktgruppe 24 – Offene Senioren- und Behindertenarbeit – mit dem Stand der Daten zum 31.05.2022 zur Kenntnis.

**19. Berichtswesen 2023, Stichtag 31.05.2023, Fachbereich 8 – Schulen, Soziales, Migration und Integration, Produktgruppen 81 – 84
Vorlage: 161/23**

Herr Gausmann informiert, dass sich die Aufgabe der Gartenstraße im Mai 2023 bemerkbar gemacht habe. Alleine für den dortigen Sicherheitsdienst seien 600.000,00 Euro für dieses Jahr kalkuliert gewesen, wovon nun rund 390.000 Euro Minderaufwendungen erzielt würden.

Frau Eggenkämper gibt an, dass die ZUE auch leergezogen worden sei und fragt, ab wann und mit wie vielen neuen Flüchtlingen in Rheine per Zuweisung zu rechnen sei.

Herr Gausmann antwortet, dass die Flüchtlingsquote in Rheine bei 104 % liege. Bei der Wohnsitzauflage liege die Quote bei 67 oder 68 % und es würden rund 350 Plätze fehlen. Die weltweite Fluchtbewegung sei größer geworden und liege bei über 80 Mio. Menschen. Er könne nicht sagen, wie sich die Fluchtsituation in Rheine abbilden werde. In der vorletzten Sitzung habe die Verwaltung ihr dezentrales Unterbringungskonzept (*16. März 2023, TOP 12, Vorlage 047/23 „Bericht zur Entwicklung des dezentralen Unterbringungskonzeptes“*) vorgestellt. Die Stadt Rheine bevorratete Unterbringungsmöglichkeiten, damit nicht wie in 2015 kurzfristig Turnhallen genutzt werden müssten. Die Gartenstraße werde auf „Standby“ gehalten und könne bei Bedarf wieder reaktiviert werden. Zum 1. Oktober 2023 werde das Gebäude V der Damloup-Kaserne mit 100 Plätzen hinzukommen, so dass rund 250 freie Plätze zur Verfügung stünden. Größere Probleme sehe die Verwaltung bei der Bildung im Bereich Kita und Schule, wo sie vom Bund und Land kein Geld bekomme.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 8 – Schulen, Soziales, Migration und Integration, Produktgruppen 81 – 84 mit dem Stand der Daten zum 31.05.2023 zur Kenntnis.

20. Anfragen und Anregungen

Frau Homann-Eckhardt regt an, künftig weniger Tagesordnungspunkte in die Sozialausschusssitzungen aufzunehmen und dafür eventuell eine zusätzliche zu machen, damit diese sowohl für die Vorbereitung als auch für die Sitzung selber zu schaffen seien.

Ende des öffentlichen Teils: 20:04 Uhr

Dr. Gertrud Hovestadt
Ausschussvorsitzende

Andrea Atrott
Schriftführerin